

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

17. WP - 43. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. März 2011, 13:30 Uhr,  
in Sitzungszimmer 139 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Sönnichsen (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

## **Einzigter Punkt der Tagesordnung:**

### **Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 17/1979

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 13:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

### **Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 17/1979

M Wiegard berichtet über die Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen (siehe Umdruck 17/1979 und Anlage). Sachsen-Anhalt habe die Verwaltungsvereinbarung vor der Landtagswahl unterzeichnet, Schleswig-Holstein werde sie am 30. März 2011 im Bundesfinanzministerium unterzeichnen. Die Verwaltungsvereinbarung sei für alle fünf Konsolidierungsländer gleich, mit Ausnahme der Frage, zu welchem Zeitpunkt die Berechnungen für die Konjunkturkomponente des Bundes vorgenommen würden. Schleswig-Holstein lege jeweils die Prognose im Mai zugrunde für den zweijährigen Doppelhaushalt. Das vom Bund gewünschte Konjunkturbereinigungsverfahren, das die Länder für nicht geeignet hielten, solle nach einem angemessenen Anwendungszeitraum überprüft werden. Das strukturelle Haushaltsdefizit von 1,318 Milliarden € im Jahr 2010 sei Ausgangsbasis für den Defizitabbaupfad, der in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 deutlich eingehalten werde. Steuerrechtliche Änderungen des Bundes, die ohne Zustimmung des Landes beschlossen würden und sich nachteilig auf die Einnahmen des Landes auswirkten, würden zwar grundsätzlich nicht berücksichtigt, spielten aber in den Erörterungen mit dem Stabilitätsrat eine Rolle. Von den 80 Millionen € Konsolidierungshilfe des Bundes entfielen 65 Millionen € auf das Land und 15 Millionen € auf die Kommunen; die Mittel dürften ausschließlich zur Reduzierung der Kreditaufnahme verwendet werden.

Abg. Herdejürgen begrüßt die Verständigung mit dem Bund und die in § 9 der Verwaltungsvereinbarung vorgesehene Revisionsklausel zum Konjunkturbereinigungsverfahren.

Auf eine Frage von Abg. Heinold bestätigt M Wiegard, der Evaluationsausschuss komme anhand der Kennziffern zu dem Ergebnis, dass Schleswig-Holstein nach wie vor eine Haushaltsnotlage drohe. Er erkenne die vom Land ergriffenen Konsolidierungsmaßnahmen ausdrücklich an und empfehle ihre konsequente Umsetzung. Das Finanzministerium werde Ende

des ersten Halbjahrs 2011 die Finanzplanung fortschreiben, in der Investitionen und andere große Vorhaben dargestellt würden und aus der sich die Haushaltsplanung der nächsten Jahre ableite.

Abg. Harms möchte wissen, wie Einnahmereduzierungen oder Ausgabeerhöhungen, die auf Bundes- oder EU-Vorgaben zurückzuführen seien, die Landesfinanzen belasteten und die Konsolidierungsbemühungen des Landes beeinträchtigten, berücksichtigt würden beziehungsweise vermieden werden könnten.

M Wiegard setzt auf eine Bewusstseinsänderung zugunsten der Länder und Kommunen. Auf eine Frage des Vorsitzenden stellt er abschließend noch einmal die Notwendigkeit heraus, angesichts der Risiken der weltpolitischen Lage sowie der Entwicklung der Konjunktur und der Zinsen die Neuverschuldung möglichst schnell abzubauen und etwaige Ausgabenspielräume nicht voll auszureizen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der LINKEN stimmt der Finanzausschuss dem Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen, Umdruck 17/1979, zu.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 14:15 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer